

Solidarität

unsere Chance

Nummer 162

Mai 2023

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

Teuerung:

Die Regierung schützt die Reichen und Konzerne.

SPÖ:

Mitgliederbefragung:
Und was passiert danach?

Medien:

Der Ukrainekrieg und die veröffentlichte Meinung.

Weltunordnung:

US-Dominanz in einer multipolaren Welt. Interview mit Jeffrey Sachs.

Neutralität:

Bundesheer erklärt die Neutralität zum Risiko.

VIDEO:

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion vom 15. März 2023

EU:

Industrie nimmt Kurs auf Kriegswirtschaft.



Das war unser 1. Mai 2023



Mit Flugblättern und einer Transparentstrecke traten wir am 1. Mai 2023 am Ring in Wien auf:

Gegen Teuerung und Krisenabwälzung! Gegen die Kriegstreiber in Ost und West! Für Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg! JA zur Neutralität Österreichs!

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Teuerung:

Die Regierung schützt die Reichen und lässt die Masse der Bevölkerung dafür zahlen und leiden

Inflation, Mieten, Energie- und Lebenshaltungskosten, Pflege, Gesundheit, Arbeitsdruck: Die Regierung lässt die arbeitenden Menschen schuften und zahlen, während die Konzerne in Gewinnen schwimmen.

Die Preise steigen nicht von selbst, sie werden von den Unternehmern angehoben, um ihre Profite zu sichern oder gar im Windschatten von Pandemie und Krieg noch zu steigern.

Betriebe als Corona-Profiteure

Im Jänner wurde, sozusagen offiziell bekanntgemacht, usw. von Nationalbank (ÖNB) und Rechnungshof, dass sich Betriebe dank der Corona-Hilfen sanierten. Stand Ende Jänner 2023 haben 235.000 heimische Betriebe die 1,3 Millionen Zuschussanträge gestellt haben, Coronahilfen bekommen. Nach Auswertung von 122.000 Unternehmensbilanzen durch die Studie der ÖNB ergab sich, dass die Bankguthaben von Firmen um 17,5% und die Vermögenswerte um 4,4% gegenüber dem Vor-Corona-Jahr angestiegen sind.

Gierflation

Als Grund der hohen und nicht sinkenden Inflation erklären uns die „Experten“ wie die Minister Brunner und Kocher oder der neue IHS-Chef Bonin, dass man nicht in den Markt eingreifen dürfe, weil ja die hohen Lohn- und Gehaltsabschlüsse an der Teuerung schuld seien. Doch die Wahrheit ist, dass die Lohnabschlüsse immer erst ein Jahr später stattfinden, den Preissteigerungen also nachhinken.

Preise werden erhöht, Profite steigen, Löhne sinken. AK-Dividenden-Report

Vor allem die Energiekonzerne machen Riesenprofite, aber auch Banken, Autokonzerne, Vermieter oder die Lebensmittelindustrie. Allein die an der Wiener Börse im ATX-Index notierenden Unternehmen sahen ab wie noch nie. OMV,

Verbund und Erste Group zahlen jeweils die höchsten Dividenden ihrer Geschichte. 17 der 20 ATX-Firmen kommen auf 14,7 Mrd. Euro Gewinn und wollen insgesamt 5,5 Mrd. Euro an die Aktionäre ausschütten. Das wären um 58% mehr als im Vorjahr. Wenn noch die voestalpine, AT&S und Do&Co dazukommen rechnet die AK mit 6 Mrd. Euro an Dividenden, das wäre drei Mal so viel wie im langjährigen Schnitt. Die OMV allein hatte 2022 einen Nettogewinn von 5,2 Mrd. Euro. Der Verbund verdoppelte seinen Gewinn.

Die Raiffeisenbank International (RBI) schrieb 3,6 Mrd. Euro Gewinn. Alle österreichischen Banken zusammen, haben im Jahr 2022 laut Nationalbank (ÖNB) ihren Gewinn von 6,1 auf 10,2 Mrd. Euro, also um 67% erhöht. Aber man muss keine Bank sein, um im Geld zu schwimmen.

Auch die Autokonzerne fuhren fette Gewinne ein: Die weltweit 16 größten Hersteller erzielten trotz weniger Verkäufen im Vorjahr 157 Mrd. Euro Gewinn – ein Plus von 16%.

Die Lebensmittelkonzerne wiederum reduzierten Verpackungsinhalte und erhöhten die Preise. Besonders abscheulich ist ihr jüngste Profitraubzug: Besonders die Produkte der sonst billigeren Eigenmarken wurden extra stark erhöht. Laut aktuellem „Preismonitor“ der AK sind nunmehr die günstigsten Nahrungs- und Reinigungsmittel in den Supermärkten um 20 bis 35% teurer als vor einem Jahr. Die jeweils günstigsten Drogerieprodukte wurden um bis zu 33% verteuert. Bei einzelnen ausgewählten Produkten hat sich der Preis verdoppelt oder in manchen Fällen sogar verfünffacht!

Gleichzeitig sind laut WIFO im Jahr 2022 die Löhne pro Kopf preisbereinigt und netto um über 3% gesunken! Das trifft vor allem Menschen mit wenig Einkommen nochmals besonders stark und verschlimmert ihre existenzielle Lage katastrophal.

Wohnen wird zum unbezahlbaren Luxus

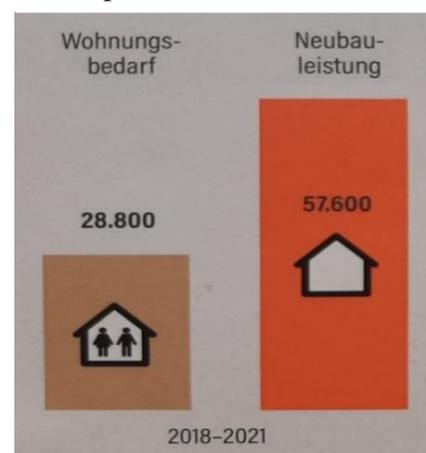
Genauso brutal lässt die Regierung der Reichen, Banken und Konzerne die Mieter für die Immobilienbesitzer und Vermieter bluten.

Die Hausherrenpartei ÖVP schützt mit Hilfe der Grünen die Profite der Vermieter. Deren Gewinne sind gewaltig und haben enorme negative Auswirkungen auf die Bevölkerung: Allein 2022 wurden die Kategoriemieten dreimal um je 5% erhöht – also in Summe um 15%. Private Neubaumieten wurden 2022 um 10% teurer gemacht. Ab 1. April wurden die Altbaukosten um 8,6%, ab 1. Mai die Richtwertmieten für Bestandsverträge um 8,5% angehoben. Und im Juli werden erneut die Kategoriemieten um 5% erhöht!

Die AK rechnet vor, dass die Immobilienbranche auf Kosten der Mieterinnen kräftig absahnt: Während die Wirtschaftsleistung von 2008 bis 2022 um 51% und die Inflation um 36% stieg, haben sich die Mietentnahmen von Immobilienfirmen & Co mehr als verdoppelt, sind um 121% explodiert!

Die Mieterhöhungen sind also durch nichts begründet, treiben die Teuerung unverhältnismäßig an und führen auch dazu, dass die Hausherren die Mieten erneut raufsetzen. Ein stetiges Füllhorn für die einen, eine Armutsspirale für die anderen.

Spekulanten am Werk



Quellen: Statistik Austria, IFIP 2022, AK

Weder verursachen „zu hohe Lohnabschlüsse“ noch die Inflation die hohen Mieten. Auch gibt es keine Wohnungsknappheit. Was ist dann die Ursache?

Eine AK-Studie weist nach, dass es z.B. in Wien ein Überangebot an Wohnungen gibt, aber es deshalb trotzdem keine günstigeren Mieten gibt, im Gegenteil. So wurden zwischen 2018 und 2021 in Wien 57.600 neue Wohnungen gebaut, aber der Wohnungsbedarf ist nur halb so hoch: knapp 30.000 Wohnungen. Grund ist, dass nicht fürs Wohnen, sondern fürs Anlegen gebaut wird. Das zeige, so die AK, dass Spekulanten am Werk sind, etwa Investmentfonds. Sie würden ihr Geld in neuen, frei finanzierbaren Wohnungen parken. Diese Wohnungen stehen leer und die Investor:innen verdienen trotzdem forlaufend an der Wertsteigerung. *„Gleichzeitig treibt die Spekulation die Preise für Bauland ins Unermessliche und verhindert, dass leistbarer Wohnraum gebaut werden kann. Der freie Markt schafft keinen leistbaren Wohnraum, das muss die Politik regeln“*, so die Arbeiterkammer. (<https://wien.arbeiterkammer.at/meinestadt>).

Mieten dauerhaft runter und Leerstandsabgabe

Die AK fordert daher eine Mietpreisbremse und eine Leerstandsabgabe. Selbst der neoliberale WIFO-Chef Gabriel Felbermayr meint, dass eine Mietpreisbremse nötig sei, um die Teuerung in den Griff zu bekommen.

Eine Studie der Statistik Austria und des IHS („So geht’s uns heute“) zeigt, dass 30 Prozent der Befragten (3.500 Menschen in Österreich zwischen 16 und 69 Jahren) in den nächsten drei Monaten Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Wohnkredit, Wohnnebenkosten oder Betriebskosten befürchten.

Generell können fast 20 Prozent der Befragten ihre Lebenskosten nur schwer durch ihr Einkommen bestreiten. Fast 30 Prozent gaben an sich schwer zu tun überhaupt mit ihrem Einkommen auszukommen.

Profit-Preis-Pakt von Industrie und Regierung

Das heißt es gibt keine Lohn-Preis-Spirale, sondern eine Profit-Preis-

Spirale. Und diese Profit-Preis-Spirale wird zur Armutsfalle für immer größere Teile der Bevölkerung.

Beim sogenannten Mikrowarenkorb sind die Preise im Schnitt um fast 17% gestiegen. Einzelne Produkte wurden sogar um 70, 100 und mehr Prozent teurer gemacht. Immer mehr Menschen müssen sich für das tägliche Leben verschulden. 1,55 Millionen Menschen in Österreich sind schon arm oder armutsgefährdet! Allein 353.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren 2022 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

Statt sofort zu handeln, kündigt wie zum Hohn jetzt die Bundeswettbewerbsbehörde, eine „verschärfte Prüfung“ der Lebensmittelpreise an. Wie? Sie fordert 13 Internet-Lebensmittelhändler auf, ihre Preisgestaltung offenzulegen. Davor seien bereits 1.500 Lieferanten der vier großen Supermarktketten sowie die Händler befragt worden. Ein Ergebnis der Prüfkation soll es im Herbst geben. Während die Gewinne der Firmen inzwischen munter weiter fließen, müssen wir immer mehr zahlen.

Verhaltensoriginell, aber in Wirklichkeit auch eine Verhöhnung der Betroffenen, ist Brunners jüngster Vorschlag, dass der Handel doch für drei Monate freiwillig Preiserhöhungen bei Lebensmitteln aussetzen solle.

Profitwölfe im Almosen-Schafspelz

Das sind also die „Anti-Teuerungsmaßnahmen“ der Regierung – ganz nach dem Geschmack der Industrie: Bla, bla, bla und Schaumschlagen, während die Konzerne weiter abkassieren. So sagte zu alledem der smarte, treuherzig blickende und sanftmütig sprechende aber in der Sache knallharte Finanzminister: *„Die Inflation ist weiterhin viel zu hoch – keine Frage. Unser Job ist zu unterstützen, das haben wir massiv gemacht.“* (Wiener Zeitung, 18.4.23)

Tatsächlich: **Der Finanzminister macht seinen Job – für die Konzerne und Banken.** Durch einseitige Förderungen und Überförderungen für die Firmen, durch Nicht-handeln bei Gas-, Fernwärme-, Lebensmittel- oder besonders bei den Mietpreisen. Während die Unterneh-

mer und Konzerne ständige Erleichterungen in Milliardenhöhe und auf Dauer erhalten, wird die Bevölkerung mit Einmalzahlungen, also mit Almosen abgespeist, die sofort verpuffen.

Zudem bezahlen die arbeitenden Menschen nicht nur diese Einmalzahlungen selbst, sondern auch die üppigen Unternehmensförderungen, weil das Budget des Finanzministers ja zu 80% aus den Steuerzahlungen und Abgaben der Masse der Bevölkerung besteht.

Deswegen beharren die Regierung und ihr Finanzminister auf ihre Vorgangsweise. Sie schützen die Unternehmer indem sie die arbeitenden Menschen nicht entlasten, sondern weiter belasten. Miet-, Gas-, Lebensmittelpreisbremsen usw. würden die Profite der Unternehmer schmälern. Deshalb auch wird eine Vermögens- und Erbschaftsteuer von der Wirtschaft und ihrer Unternehmer-Regierung entschieden abgelehnt und ausgeschlossen. Ganz zu schweigen von einer Wertschöpfungsbesteuerung. So eine Besteuerung der Millionäre und der Wertschöpfung würde nämlich die über die Jahrzehnte aus der Arbeit aller Menschen zusammengerafften Vermögen der Profiteure und Reichen wirklich angreifen und eine Umverteilung zu jenen bewirken, die es wirklich brauchen.

Damit könnte der Finanzminister bei den Wähler:innen punkten. Denn die Mehrheit der Österreicher:innen ist für eine Vermögenssteuer: je 60% in der obersten Klasse (oberen 10% der Einkommen) und untersten Klasse (unteren 50% der Einkommen) und sogar 70% in der mittleren Klasse (mittlere 40% der Einkommen) sind dafür. Aber die Lebensumstände der arbeitenden Menschen interessieren Finanzminister Brunner, Kanzler Nehammer und Konsorten nicht. Sie hören auf die und folgt den Zurufen aus Industriellenvereinigung, Konzernen, Banken und Wirtschaftskammer.



Gedanken zur SPÖ-Mitgliederbefragung Und was passiert danach?

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe (8. 5. 23) war die SPÖ-Mitgliederbefragung in vollem Gange.

Wie hat es ein Teilnehmer am Rande des 1. Mai-Aufmarsches in Wien ausgedrückt: „*Da haben drei Streithanseln die Partei und die Mitglieder in Geiselnhaft genommen.*“

Tatsächlich scheint es so, dass unter den Verantwortlichen in der SPÖ nur mehr deren jeweilige persönliche Karriereinteressen Thema sind. Was die arbeitenden Menschen wirklich beschäftigt, wird mitunter zwar angesprochen, aber nicht effektiv angegangen. Das ist nicht erst jetzt so, nicht erst seit Rendi-Wagner SPÖ-Vorsitzende ist, sondern hat eine lange Vorgeschichte.

Die SPÖ wollte fast immer um jeden Preis – sofern sie nicht die Mehrheit hatte – und das war das einzige und letzte Mal in der Ära Bruno Kreisky – und wenn sie die stärkste Partei war, in der Regierung dabei sein. Weil die ÖVP praktisch immer mit der FPÖ eine parlamentarische Mehrheit hatte, konnte die ÖVP die SPÖ unter Druck setzen und die SPÖ ließ sich erpressen. Mit dem Ergebnis, dass sie immer mehr an Profil, Wähler und vor allem Mitglieder verlor. Hatte die SPÖ in den 1970er Jahren rund 700.000 Mitglieder, so sind es heute nur mehr rund 150.000.

Den Ausweg sahen die SPÖ-Spitzen nicht in der Stärkung der Basis, sondern in der wiederholten Anbietung an Industrie und ÖVP.

So startete etwa bereits unter Kreisky und dann voll unter Sinowatz (SPÖ-FPÖ-Koalition) und Vranitzky (SPÖ-ÖVP-Koalition) der Ausverkauf und die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und staatlicher Betriebe (vollendet unter ÖVP-FPÖ-BZÖ) Der von Vranitzky betriebene EU-Beitritt ging einher mit dem Verlust Tausender Arbeitsplätze, Sparpaketen, Pensionsreformen wie z.B. die Anhebung des Frauenpensionsalters, das gerade jetzt schlagend wird.

Oder wie Christian Kern ohne Not und Plan SPÖ-Kanzler und SPÖ-

Vorsitzenden Faymann 2016 wegputschte und sich der Industrie mit seinem „Plan A“ an den Hals warf, in der Hoffnung, von Industrie und Medien gestützt die Wahlen gegen den schwachen Mitterlehner zu gewinnen. Doch ein Jahr später putschte Kurz in Abstimmung mit der Industriellenvereinigung Vizekanzler Mitterlehner weg. Kern war am Ende.

Statt auf die Basis, die arbeitenden Menschen, die Mitglieder zu setzen, setzte Kern auf die Industrie – und verlor. Genau das war und ist der Sündenfall der SPÖ seit Jahrzehnten.

Am Ende seines politischen Lebens hat Kreisky erkannt und gesagt: *Mit Androsch und Vranitzky hat der Bankdirektorenflügel in der SPÖ die Macht übernommen. Das wird den österreichischen Arbeitnehmer:innen teuer zu stehen kommen.*

Von diesem Weg hat sich die SPÖ bis heute nicht erholt und gelöst.

Aber auch die Anbietung an die FPÖ, z.B. unter Kreiskys Minderheitsregierung (1970/71), nach Kreisky unter Sinowatz (1983-1986) oder im Burgenland unter Landeshauptmann Niessl (2015-2019) und seinem Nachfolger Doskozil (2019-2020) war kein Tabu, wenn es darum ging, an Regierungssesseln zu kommen.

Überlegung und Motto war immer:
Hauptsache „wir“ sind dabei

Das hat man zuletzt auch nach der Salzburger Landtagswahl gesehen, als der dortige Landesparteiobmann Egger zuerst eine Dreierkoalition ÖVP-FPÖ-SPÖ ausschloss, aber dann doch dazu Bereitschaft zeigte – um den Preis, dann erst recht von der FPÖ abgelehnt zu werden und von der ÖVP – ähnlich wie in Niederösterreich dafür vorgeführt zu werden, dass der ÖVP nichts anderes übriggeblieben sei als mit der FPÖ eine Koalition zu suchen, weil die SPÖ zu „instabil“ sei.

Dass ÖVP und FPÖ um jeden Preis an die Macht wollen, keine Berührungängste haben und die ÖVP dafür immer mehr nach rechts geht und die Aufwertung und das Hochkommen

der FPÖ in Kauf nimmt, ist unübersehbar und zum Schaden der arbeitenden Menschen, ja der ganzen Bevölkerung! Will die SPÖ da „mitspielen“, hat sie vielleicht Posten, wird aber noch mehr Mitglieder Wähler verlieren.

Doskozil

Oder die SPÖ gibt völlig ihre sowieso schon sehr verkümmerten Werte preis und biedert sich an ÖVP und FPÖ (siehe z.B. Migrationsfrage) und die Willkürinteressen der Industrie an, wie das SPÖ-Landeshauptmann Doskozil in seinem „Burgenland-Programm“ für den SPÖ-Bundesparteiivorsitz und als Bundeskanzlerkandidat vorsieht.

So schlägt Doskozil einen vom Staat (der Regierung) gesetzlich bestimmten statt kollektivvertraglich zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ausgehandelten bzw. durch Kampf und Streik erzielten Mindestlohn vor.

Weiters will Landeshauptmann Doskozil die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) auflösen und die Krankenversicherung über das Budget abwickeln. Damit würden die Gelder, die die krankenversicherten Arbeiter und Angestellten erarbeiten und in die ÖGK einzahlen (jährlich immerhin über 17 Mrd. Euro!), im staatlichen Budget verschwinden.

Damit würde auch die ohnehin schon ausgehöhlte Selbstverwaltung durch die gesetzlichen Vertreter:innen der Arbeiter und Angestellten (sie sind seit der ÖGK-Reform 2018 nur noch zu je 50% mit den Unternehmer:innen zuständig) ganz wegfallen. Im Budget können dann diese Gelder je nach politischer Willkür für alle möglichen Zwecke umverteilt und damit der Gesundheitsversorgung leichter entzogen werden.

Das alles nützt der Wirtschaft, die ja schon jetzt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung den größten Brocken aus den aus unseren Geldern finanzierten Budget umverteilt bekommt. Der Rechtsbinker Doskozil biedert sich an Industrie und FPÖ an.

Rendi-Wagner

Die SPÖ-Vorsitzende Rendi-Wagner wurde nach dem beleidigten Ausscheiden des erfolglosen, sich verspekuliert habenden Kern als SPÖ-Chef von diesem zur Nachfolgerin erkoren, empfohlen und hochgelobt. Seitdem fuhr und fährt sie einen Zick-Zack-Kurs, kritisiert einmal die ÖVP und die Industrie, biedert sich das andere Mal wieder an ÖVP und Industrie an – immer die Hoffnung verbreitend und das Ziel vor Augen, mit einer geläuterten, zum Positiven gewandelten ÖVP wieder koalieren und so Kanzlerin oder Vizekanzlerin zu werden. Zuletzt legte der offene Neutralitäts-Feind und NATO-Einpeitscher Anton Pelinka Rendi-Wagner nahe, mit der ÖVP (die ebenso wie die grün-schwarzen Militärs für die NATO sind) zu koalieren, weil sie sonst keine „reelle Machtoption“ hätte (Presse, 8.5.2023).

Babler

Der sich hemdsärmelig und wortgewaltig gebende Traiskirchner Bürgermeister und Neo-Bundesrat Babler wiederum bedient in Worten linke SPÖ-Positionen, verlangt, was auch schon Rendi-Wagner verlangte und misst sich mit Doskozil zum Beispiel damit, dass er schon mehr FPÖ-Wähler zurückgeholt hätte als Doskozil. Seine nach Niessls SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland 2015 als Antwort darauf gebildete „Kompass-Initiative“ verlief schnell im Sand. Zur Neutralität war von Babler auch nichts zu hören. Vielmehr holte er Verfechter der USA-Politik und einer „EU-Sicherheitsarchitektur“ wie Eva Novotny (Ex-Außenpolitik-Beraterin Vranitzkys) oder Wolfgang Petritsch in sein außenpolitisches Team.

Für alle Kandidat:innen gilt:

Wirkliche und wirksame Eingriffe in den Markt im Interesse der Masse der Bevölkerung kommen für sie nicht in Frage. Die EU ist heilig, bei Krieg, Sanktionen, neutralitätswidrigen Militärtransporten, neutralitätswidriger Mitfinanzierung der EU-Kriegsausrüstung wird mit den Kriegswölfen im Namen von Frieden mitgehault. Die Neutralität, die Kreisky noch hochgehalten hat, wird heute als mit der EU-Aufrüstung und EU-Militari-

sierung vereinbar erklärt. Was nicht stimmt, gefährlich für Frieden und Sicherheit Österreichs ist und so gleichzeitig den Rechten, der FPÖ in die Hände spielt.

Denn in dem Maße, in dem die SPÖ seit dem EU-Beitritt die Neutralität – übrigens gemeinsam mit ÖVP und FPÖ aushöhlt, spielt sich die FPÖ als „Neutralitätshüter“ auf:

Schon vergessen, dass ÖVP und FPÖ in der Regierung von 2000-2006, unter ÖVP-Kanzler Schüssel und FPÖ-Verteidigungsminister Scheibner der NATO beitreten und die Neutralität wie Mozartkugeln und Lipizzaner ins Museum entsorgen wollten?

Schon vergessen, dass der Beitritt zum EU-PESCO-Vertrag, der EU-Militäraufrüstung organisiert, 2017 unter ÖVP-Kurz als Außenminister, SPÖ-Kern als Bundeskanzler, SPÖ-Verteidigungsminister Doskozil erfolgte und seither durch ÖVP-FPÖ (Kurz, Strache, Kickl, Kunasek) und jetzt von ÖVP-Grün umgesetzt wird?

ihr Belastungsprogramm durch.

Besonders LH Doskozil wird von den Medien, die sonst ganz und gar nichts mit der SPÖ am Hut haben, ständig gehypt, also stark als „Lösung“ und als „SPÖ-Kanzler-Kandidat mit den größten Chancen“ angepriesen. Doskozil wiederum fühlt sich sichtlich geschmeichelt und spielt umgekehrt ebenso auf diesem Klavier.

Nicht nur, dass die SPÖ in ihrem derzeitigen Zustand der Regierung nichts aktiv entgegengesetzt, regieren ÖVP und Medien im Interesse der Wirtschaft in die SPÖ hinein.

Ob und wie die Herrschenden welche SPÖ in einer Regierung haben wollen, solange ÖVP und FPÖ oder umgekehrt die Interessen der Industrie umsetzen, ist offen.

Kreisky hat gewonnen, weil er versprach Österreich aus dem Mief der 1950er und 1960er Jahre herauszuführen und im Interesse der Großindustrie modernisierte und so



Foto: Sozialistische Jugend (SJ) Wien

Hat man in der SPÖ vergessen, dass die deutschnationale FPÖ nie für die Neutralität Österreichs war, dass die FP leugnet, dass es eine österreichische Nation gibt und die FP Österreich immer an der Seite Deutschlands „gut“ aufgehoben sieht?

Man hat von Anfang an den Eindruck, dass sich die SPÖ die Debatte um den Vorsitz auch von den Medien und dem politischen Gegner hat aufzwingen lassen. Während die SPÖ öffentlich vorgeführt wird, redet keiner mehr von der ÖVP-Korruption und zieht die ÖVP-Grüne-Regierung im Windschatten der SPÖ-„Diskussion“

auch die Medien viele Jahre auf seiner Seite hatte. Als die Industrie Anfang der 1980er Jahre Sparprogramme („Mallorca-Paket“) auf Kosten der Arbeitenden verlangte oder Sozialminister Dallinger eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) forderte, um die Produktivitätsprofite der Unternehmen der Allgemeinheit zugänglich zu machen und Sozialabbau zu verhindern, ließen Industrie und Medien auch Kreisky fallen.

Ähnlich war es auch bei der im Nachhinein ebenfalls glorifizierten Ära Vranitzky-Klima von 1986 bis

Fortsetzung nächste Seite

1999. Zuerst brachten Vranitzky und seine Verstaatlichten-minister Streicher und Klima der Industrie die Privatisierung und den Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie auf den Weg. Dann wurde mit der ÖVP, begleitet durch eine bis dahin noch nicht gesehene Medienkampagne, der EU-Beitritt für die Industrie erledigt.

Das kostete Zehntausende Arbeitsplätze. Das trieb Wähler:innen und Mitglieder in Scharen von der SPÖ weg und brachte herbe Wahlverluste. Nachdem die SPÖ für die Industrie, für das Kapital, ihre Schuldigkeit getan hatte, schwenkte die Industrie auf die ÖVP-FPÖ-Koalition um, die den Rest der Privatisierungen, Aufrüstung (Eurofighter), „Pensionsreform“ und weiteren Sozialabbau erledigte.

Auch international hat sich zuletzt sowohl in Schweden als auch in Finnland gezeigt wie es Sozialdemokrat:innen ergeht, wenn sie sich anbieten. In beiden Ländern, aber besonders in Finnland, haben die für ihren Einsatz für den NATO-Beitritt hochgelobten SP-Regierungschefinnen danach die Wahlen verloren.

Man sieht, auf Wirtschaft und Industrie als Bündnispartner für die SPÖ zu hoffen, ist sinnlos und ein Desaster für die arbeitenden Menschen. Die einzige sinnvolle Koalition wäre die mit den arbeitenden Menschen. Doch das braucht, ist es ernst und ehrlich gemeint, viel Zeit und echte Basisarbeit. Nur ein neuer Kopf an der Spitze ist entschieden zu wenig.

*

„Ob Babler, Doskozil oder Rendi-Wagner – die arbeitenden Menschen müssen das Sagen haben: ob in Opposition, ob in Regierung, ob in Partei, Gewerkschaft, oder Betrieb“

ÖSK

Neuerlicher Neutralitätsbruch:

Panzertransport durch Österreich mit dem Ziel Ukraine

Am 15./16. April wurden von Italien nach Polen über Österreich per Zug 20 Artillerie-Panzer für die ukrainische Armee transportiert, die von Polen aus weiter an die im Krieg befindliche Ukraine weitergeliefert werden. Das alles geschah ohne Genehmigung oder Protest durch die österreichische Regierung. Das ist Gesetzes- und Neutralitätsbruch durch oberste Organe des Staates Österreich, der in der Bundesverfassung die immerwährende Neutralität festgeschrieben hat.

Laut geltendem Kriegsmaterialengesetz – mit dem schon vor Jahren eine Aufweichung und Umgehung der Neutralität einhergeht – können nur Transporte zwischen EU-Ländern genehmigungsfrei erfolgen. Eine Weiterführung in – noch dazu im Krieg befindliche – Drittstaaten, diesmal in die Ukraine – ist gesetzes- und neutralitätswidrig. Obwohl Österreich sowohl von der Art des Panzer-Transportes als auch vom Ziel des Transportes vorab von Italien unterrichtet wurde, haben die österreichischen Behörden den Zug, wie es gemäß Gesetz sein müsste – nicht an der österreichischen Grenze gestoppt, nicht einmal dagegen protestiert. Im Gegenteil, das Innenministerium sprach davon, dass alles ordnungsgemäß gewesen sei.

Damit macht Österreichs Regierung nicht nur bei der EU/USA/NATO-Kriegspropaganda und beim USA/EU-Wirtschaftskrieg (z.B. Sanktionen) zum Schaden der österreichischen Bevölkerung (z.B. Teuerung) mit, sondern auch schon bei der militärischen Unterstützung von Kriegsparteien. Die Regierung tritt Österreichs Gesetze, die Neutralität und den Willen der Bevölkerung mit Füßen, die zu 90% für die Neutralität und nur zu 21 % für die Weiterführung des Ukraine-Krieges ist. Diese Vorgangsweise der Regierung ist unerhört und inakzeptabel, gefährdet den neutralen Status Österreichs und damit die Sicherheit Österreichs.

AUFGELESEN

Die veröffentlichte Meinung

Eine Inhaltsanalyse der deutschen Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg. Ein Artikel von Harald Welzer und Leo Keller.

Einleitung:

Auf dem Höhepunkt der Debatte um die Lieferung von Kampfpanzern in die Ukraine, am 20. Januar 2023, bekam einer der beiden Autoren dieses Textes eine E-Mail aus der Redaktion der Welt mit der Bitte, sich zum gerade veröffentlichten ARD-Deutschlandtrend zu äußern. Dort ging es um die Meinung der Bevölkerung zur Lieferung von Kampfpanzern, und interessant schien dem Absender, dass 52 Prozent der jüngeren Deutschen (zwischen 18 und 34 Jahren) dagegen waren, womit sie die relativ stärkste Gruppe der Ablehnenden stellten. Dieser Sachverhalt zog die folgenden journalistischen Fragen nach sich, die man zu beantworten hat: *»Wie sollte die Konsequenz aus diesem Dissens zwischen Jungen und Alten sein? Muss die Politik, müssen Medien den Jüngeren nur »besser erklären«, warum Leopard-Lieferungen nötig sind?«*

Unschwer erkennt man an diesem Beispiel, dass der Absender so wenig Zweifel an der Notwendigkeit der Lieferung von Kampfpanzern in die Ukraine hegte, dass ihm völlig aus dem Blick geraten war, dass der journalistische Auftrag eigentlich nicht darin liegt, anderen Menschen zu erklären, warum sie falscher Meinung sind. Allerdings, und davon wird in diesem Text noch die Rede sein, lässt sich im deutschen politischen Journalismus eine solche Einhelligkeit in Fragen des Ukrainekrieges beobachten, als sei tatsächlich die Funktion des Journalismus für die moderne demokratische Gesellschaft, für richtig Erkanntes unters Volk zu bringen, auf dass dieses es gleichfalls als richtig erkennt.

Schlussatz:

„An der seit Kriegsbeginn stattfindenden normativen Umformatierung zentraler gesellschaftlicher Ziele und zivilisatorischer Minima – von Frieden auf Rüstung, von Klimapolitik auf Verteidigungspolitik, von diplomatischen Konfliktlösungsstrategien auf militärische – hat der politische Journalismus, wie unsere Befunde zeigen, jedenfalls einen guten Anteil. Bleibt zu hoffen, dass die große Eskalation eines entgrenzten Kriegs oder eines Atomkriegs auch dann ausbleibt, wenn so viele ihre Aufgabe darin zu sehen scheinen, sie herbeizuschreiben.“

<https://www.fischerverlage.de/magazin/neue-rundschau/die-veroeffentlichte-meinung>

Österreichs Militär warnt vor „Neutralitätsrisiko“

So betitelte „Die Presse“ einen Bericht über die Zusammenfassung des „Risikobilds 2032“ des Bundesheeres. Darin befindet sich das „Neutralitätsrisiko“ als eine neue Bedrohung für Österreich.

Nicht nur der Konflikt zwischen Russland und dem Westen wirft die Frage auf, wo Österreich steht. Auch im Konkurrenzkampf zwischen China und den USA werden die EU und letztlich auch Österreich zunehmend Partei ergreifen müssen, so die Militärs. Österreich sei aber nur eingeschränkt strategiefähig ...

Als Beispiel nennt der Bericht einen Angriff auf einen EU-Mitgliedstaat. Dieses Risiko habe sich durch den Ukraine-Krieg sowie den Nato-Beitritt Finnlands und den Aufnahmeantrag Schwedens stark erhöht. *(Womit die Militärs zugeben, dass die NATO-Nord-erweiterung die Kriegsgefahr erhöhe und nicht Russland, Anm. d. Red).*

Im Falle eines Angriffes könnte der angegriffene Staat nach dem EU-Vertrag die Beistandsklausel aktivieren. Für Österreich würden hier „Positionierungsfragen bezüglich

Beistandspflicht, Solidarität sowie der Neutralität“ aufkommen. Eine europäische Isolation Österreichs wird befürchtet, falls sich das Land in einem Verteidigungsfall auf seine Neutralität beruft und nicht beteiligt. Das könnte massive Folgen etwa auf politischer und wirtschaftlicher Ebene haben. („Die Presse“, 20. April 2023)

<https://www.diepresse.com/6278165/oesterreichs-militaer-warnt-vor-neutralitaetsrisiko>

Dazu nachfolgend ein Kommentar der „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“:

Die Neutralität ist kein Risiko, sondern die Chance, nicht in Kriege hineingezogen zu werden

Während die Regierung weiterhin und verstärkt EU-Aufrüstungspläne unterstützt, sich finanziell daran beteiligt und auch militärisch mitmacht, hält Kanzler Nehammer gleichzeitig aus wahltaktischen Gründen den Schein aufrecht, er sei für die Beibehaltung der Neutralität.

Gleichzeitig setzt Verteidigungsministerin Tanner andauernd Schritte gegen die Neutralität. Sie schickt z.B. Abteilungen des Bundesheeres in die USA, um mit der US-Nationalgarde zu trainieren, sie betreibt neutralitätswidrig die Beteiligung Österreichs an der NATO-Luftverteidigung (Sky-Shield), sie lässt neutralitätswidrig Panzertransporte durch Österreich mit dem Ziel Ukraine durchfahren.

Jüngst veröffentlichte die Zeitung „Die Presse“ einen sog. vertraulichen Bericht "Risikobild 2032“ aus Tanners Verteidigungs-Ressort, der ungeheure Unwahrheiten verbreitet: Die Neutralität sei eine Bedrohung, ein Risiko für Österreich wird darin behauptet. Russland würde auch Österreich bedrohen und die Gefahr steige, dass Österreich angegriffen wird, wenn es neutral bleibt. Das ist eine Propaganda für den Krieg, für die Beteiligung Österreichs an Kriegsvorbereitungen und letztlich

direkt an Kriegen. Solche Bedrohungsszenarien sollen den Menschen Angst machen und uns glauben machen, dass wir unter den angeblichen EU/NATO-Schutzschirm sicherer wären. Im sog. „Risikobild 2032“ soll Österreich, geht es nach unserer Regierung, letztlich mit der EU/NATO, an der Seite der USA gegen Russland und/oder China in den Krieg ziehen.

Nicht die Neutralität gefährdet uns, sondern die Aushöhlung, Missachtung oder Abschaffung der Neutralität macht unser Land unsicher und zum Angriffsziel.

Österreich als neutrales Land bedroht niemanden. Werden wir aber noch mehr oder ganz – wie Regierung, Verteidigungsministerin Tanner und das Militär wollen – in die EU/NATO-Militarisierung und -Kriegsplanung aktiv hineingezogen, dann sind wir (Kriegs)Partei und wirklich Angriffsziel.

Die Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen: Nie wieder für Großmachtinteressen in den Krieg ziehen. Wenn jetzt gesagt wird, dass die Neutralität zwar in Zeiten des Kalten Krieges oder in Friedenszeiten zwar gut geeignet war, aber jetzt nicht, weil ein neuer Kalter

Krieg droht, bzw. ja schon ein heißer Krieg in Europa stattfindet, dann ist das die Verdrehung der Tatsachen.

Es wäre so als würde man die Feuerwehr, die man in Zeiten wo es nicht brennt ausrüstet und ausbaut, dann wenn es brennt, einfach wegschickt oder abschafft.

90% der Österreicher:innen sind für die Beibehaltung der Neutralität! Die Neutralität ist Verfassungsgesetz. Daran hat sich jede Regierung zu halten!

www.atomgegner.at
www.unsere-neutralitaet.at

Leserbrief

Bei Transporten von Kriegsmaterial für NATO-Manöver an der russischen Grenze wurde früher noch scheinheilig bei uns wegen des Transfers nachgefragt. Jetzt im Krieg macht man sich nicht einmal mehr diese Mühe. Wir sind ja nun keine "Trittbrettfahrer", wir sind das Trittbrett.

HH, Wien

NATO - Österreich - EU



Während 85% der Menschen in Österreich gegen einen NATO-Beitritt sind und 66% die USA nicht als vertrauenswürdig betrachten, hoffen zwei Drittel, dass die EU den Frieden sichere, so eine ÖGfE-Umfrage (WZ, 3.5.23).

Doch die EU ist schon seit Jahren auf dem Weg zu einer Kriegsunion. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und EU-Industriekommissar Thierry Breton verkünden: „Unsere Industrien müssen jetzt in den Modus der Kriegswirtschaft wechseln.“

Allein bis 2025 sollen dafür Förderungen von 500 Mio. Euro von der EU und nochmals 500 Euro von den Mitgliedstaaten (also auch vom neutralen Österreich?) kommen (WZ, 4.5.23).

Der EU-Vertreter in Österreich, Martin Selmayr, meint: Europa muss, um „weltpolitikfähig“ zu sein, „die Sprache der Macht nicht nur sprechen“, sondern auch „diese Macht tatsächlich ausüben, das betrifft vor allem den Bereich des Militärischen.“ (WZ, 6./7.5.23)



VIDEO von der Veranstaltung 1933 – 1938 – 2023

Podiumsdiskussion anlässlich der Jahrestage von März 1933 und März 1938: Nie wieder Faschismus. Und heute, 2023: Für Demokratie, Frieden und Neutralität. Nie wieder Krieg!

Veranstalter war die Initiative „Unsere Neutralität“



Link zur Videoaufzeichnung:

https://www.youtube.com/watch?v=V4I5bzV7_wU

Wie China die US-Dominanz beenden will

2. Mai 2023 / Jeffry Sachs im Interview mit Amy Goodman.

Der US-amerikanischen Wissenschaftler und UNO-Berater Jeffrey Sachs hat im US-Kanal „Democracy now!“ ein Interview in englischer Sprache gegeben, in dem es um die globale Auseinandersetzung um die künftige Weltordnung geht. Nachfolgend eine schriftliche Fassung in einer deutschen Übersetzung.

China, aber auch andere Staaten wie Brasilien verlangen Gleichberechtigung. Wir leben längst in einer multipolaren Welt, sagt Sachs. Warum der Westen dagegen rebelliert und was daraus folgt.

China nimmt eine zunehmend selbstbewusste Rolle im Weltgeschehen ein, indem es bei der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien hilft, einen Zwölf-Punkte-Friedensplan für die Ukraine anbietet und seine Beziehungen zu europäischen und lateinamerikanischen Mächten verstärkt.

China setzt seine diplomatischen Bemühungen fort und bot an, Gespräche zwischen Israel und Palästina zu führen. „China will nicht,

dass die Vereinigten Staaten die Vormachtstellung innehaben. Man möchte an der Seite der USA gleichberechtigt existieren“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs, Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University und Präsident des U.N. Sustainable Development Solutions Network.

Er war außerdem Berater von drei UN-Generalsekretären und ist derzeit verantwortlich für den Bereich „Lösungen für nachhaltige Entwicklung“ unter Generalsekretär António Guterres. Sein jüngster Artikel trägt die Überschrift „The Need for a New US Foreign Policy“.

Das Interview, geführt von Amy Goodman und Juan Gonzalez, wird in

Kooperation mit dem US-Programm Democracy Now veröffentlicht. Die englische Version ist abrufbar unter: https://www.democracynow.org/2023/4/25/jeffrey_sachs_china Übersetzung: David Goeßmann.

Frage: All die diplomatischen Unternehmungen Chinas – das Treffen mit Macron und Lula, die Vermittlung eines Abkommens zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, das Angebot, nicht nur zwischen der Ukraine und Russland, sondern auch zwischen Israel und Palästina zu verhandeln – finden in den Medien der Vereinigten Staaten kaum Beachtung. Aber in der ganzen Welt sind das Schlagzeilen. Was steckt hinter diesen Entwicklungen, und sehen Sie eine direkte Parallele zwischen den Fortschritten,

die China macht, und der zunehmenden Feindseligkeit der USA gegenüber China?

Jeffrey Sachs: Es ist in der Tat ein wichtiges Thema. Und wie Präsident Xi Jinping bei dem Treffen mit Macron sagte, ist es ein historischer Wendepunkt, den die Welt gerade durchlebt.

Was China anstrebt, wenn wir es aus der chinesischen Perspektive betrachten, ist: echter Multilateralismus. Man will nicht eine von den USA geführte Welt, sondern eine multipolare Welt.

Die Grundlage dafür ist, dass die Vereinigten Staaten 4,1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, während Chinas Anteil 17,5 Prozent ist. Chinas Wirtschaft ist mit der der USA vergleichbar, und das Land ist tatsächlich der wichtigste Handelspartner für einen Großteil der Welt.

China sagt also: „Wir sind an eurer Seite. Aber wir wollen eine multipolare Welt. Wir wollen keine von den USA geführte Welt“.

Und während die Vereinigten Staaten manchmal von einer regelbasierten Ordnung sprechen, ist es eine Tatsache, dass die „grand strategy“, die globale Strategie der USA – ein Begriff der großen Strategen der US-Außenpolitik – Dominanz bedeutet.

Ich beziehe mich auf einen Artikel, den ich für sehr klar, prägnant und aufschlussreich halte, von einem ehemaligen Kollegen von mir an der Harvard University, Robert Blackwill, einem weit geschätzten Botschafter der Vereinigten Staaten, der 2015 schrieb – ich zitiere:

Seit ihrer Gründung haben die Vereinigten Staaten konsequent ihre „grand area strategy“ verfolgt, die sich darauf konzentriert, eine Machtstellung gegenüber verschiedenen Rivalen aufzubauen und zu sichern, zunächst auf dem nordamerikanischen Kontinent, dann in der westlichen Hemisphäre und schließlich weltweit.

China will nicht, dass die Vereinigten Staaten die Vormachtstellung innehaben. Man möchte an der Seite der USA gleichberechtigt existieren. Blackwill schrieb 2015, dass Chinas Aufstieg eine Bedrohung für die Dominanz der USA sei. Er verwies

auch auf Gegenmaßnahmen, die die Biden-Regierung nun Schritt für Schritt umsetzt. So legte Blackwill dar, dass die Vereinigten Staaten „neue präferenzielle Handelsvereinbarungen zwischen Freunden und Verbündeten der USA schaffen sollten, um ihre gegenseitigen Vorteile durch Instrumente zu erhöhen, die China bewusst ausschließen“.

Es sollte „ein Technologie-Kontrollregime“ aufgebaut werden, um Chinas strategische Fähigkeiten zu blockieren. Es gehe darum, die „machtpolitischen Kapazitäten von US-Freunden und Verbündeten an Chinas Peripherie“ zu erhöhen. Zudem brauche es verstärkte US-Militärkräfte entlang des asiatischen Randgebiets – trotz aller chinesischen Widerstände dagegen.

Dem ist die Außenpolitik von Biden gefolgt. China weiß das. China setzt sich dagegen zur Wehr.

Aber es ist wichtig zu verstehen – und man sieht es an der Dynamik des Ukraine-Krieges –, dass der Großteil der Welt die USA nicht als globale Vormacht haben will. Der größte Teil der Welt verlangt eine multipolare Welt und steht daher nicht hinter den Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen Russland.

Das war auch die Botschaft von Präsident Lula bei seinem Besuch in China, als er zu Präsident Xi Jinping sagte: „Brasilien will ebenfalls Multipolarität, echte Multipolarität, und wir wollen einen Frieden, zum Beispiel im russisch-ukrainischen Krieg, der nicht auf US-Dominanz beruht – also einer Erweiterung der Nato –, sondern auf einem Frieden, der eine multipolare Welt widerspiegelt.“

Diese Sichtweise ist eine neue Realität, sie ist überall in der Welt anzutreffen. Das ist ein historischer Wendepunkt, weil die wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen ihn dazu machen. Die USA sind nicht mehr die dominierende Weltwirtschaft, und die G7, d. h. die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Japan, sind von der wirtschaftlichen Größe her sogar kleiner als die BRICS-Länder, d. h. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Wir leben also tatsächlich bereits in einer multipolaren Welt, aber ideologisch befinden wir uns in einem Konflikt.

Frage: *Jeffrey Sachs, Sie haben die BRICS erwähnt. Die BRICS-Bank, die sich jetzt in China befindet – und Präsident Lula hat Dilma Rousseff zur Leiterin der BRICS-Bank ernannt –, welche Bedeutung hat sie im Hinblick auf die Multipolarität der Weltwirtschaft? Hat die BRICS-Allianz das Potenzial, eine alternative Hauptwährung zum Dollar zu schaffen? Was wären die Auswirkungen auf das Weltgeschehen?*

Jeffrey Sachs: Das sind zentrale Entwicklungen. Tatsächlich ziehen sich die Vereinigten Staaten auf diesem Feld zurück – zum Teil unwissentlich, unsere Politiker verstehen das nicht, aber wir ziehen uns von der Weltfinanz- und Währungsszene zurück und öffnen einen Raum für eine völlig andere Art der internationalen Finanzen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Die USA sind der Gründer der Weltbank. Aber jetzt will der US-Kongress kein neues Geld in die Weltbank stecken. Und deshalb ist die Weltbank eigentlich eine recht kleine Institution.

Sie hat einen großen Namen, aber sie ist heute eine ziemlich winzige Institution im Finanzsystem insgesamt. Die USA möchten kein Geld mehr hineinstecken. Der Kongress sagt: „Nein. Warum sollten wir unser Geld international verschwenden?“.

Also sagten sich China und die anderen BRICS-Staaten: „OK, wir gründen unsere eigene Entwicklungsbank!. Daraus entstand die Neue Entwicklungsbank, manchmal auch BRICS-Bank genannt, mit Sitz in Shanghai.“

Und das ist nur eine der Institutionen, die die Finanzszenen tatsächlich verändern. Es gibt die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank AIIB, die ihren Sitz in Beijing hat.

Wie Präsident Lula auch im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg sagte, findet eine Abkehr vom Dollar statt, von dem die Vereinigten Staaten bisher dachten: „Das ist unser Trumpf. Das ist unser letztes „Ass im

Fortsetzung nächste Seite

Ärmel“, denn wir können Sanktionen verhängen und unsere finanzielle Kontrolle ausüben, um andere Länder in Schach zu halten.“

Aber andere Länder sagen nun: „Kein Problem. Wir werden in Renminbi handeln. Wir werden in Rubel handeln. Wir werden in Rupien handeln. Wir werden in unseren eigenen nationalen Währungen handeln.“ Und sie haben es schnell geschafft, alternative Institutionen zu schaffen, um genau das zu tun.

Die Vereinigten Staaten legten nach: „Wir werden eure Reserven konfiszieren. Das werden wir tun, wenn ihr nicht mitmacht.“ Und die anderen Länder sagen: „Wisst ihr, wenn ihr über die UN geht und wirklich multilaterale Regeln aufstellen wollt, sind wir auf eurer Seite. Aber wenn ihr die Regeln einfach durchsetzen wollt, werden wir nicht mitmachen.“

Wir haben den merkwürdigen Ausdruck, der sich „regelbasierte internationale Ordnung“ nennt. Die US-Regierung benutzt ihn jeden Tag. Aber was bedeutet er? Wer bestimmt die Regeln?

Die meisten Menschen der Welt wollen Regeln, die in einem multipolaren oder multilateralen Rahmen aufgestellt werden, und nicht Regeln, die von den Vereinigten Staaten und einigen ihrer Freunde und Verbündeten aufgestellt werden.

UN-Sicherheitsrat, Nato-Erweiterung, Monroe-Arroganz: Die USA in der Defensive

Frage: Sie sind seit langem Berater der Vereinten Nationen. Wie lange kann die Zahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates noch auf fünf beschränkt bleiben? Denn Brasilien und andere Länder des globalen Südens haben klar gesagt, dass die Vereinten Nationen reformiert werden müssen und dass Länder aus Lateinamerika, insbesondere Brasilien, und Afrika als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat repräsentiert sein sollten.

Jeffrey Sachs: Die sogenannten P5, die ständigen Fünf, also die Vereinigten Staaten, China, Russland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, waren 1945 die Gruppe, die als Sieger des Zweiten Weltkriegs hervor-

gingen. Sie haben übrigens in den Regeln der UNO festgesetzt, dass sie die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sind und bei jeder Änderung der UN-Charta ein Veto einlegen können.

Es handelt sich also um eine Gruppe, die sich selbst Macht verliehen hat. Die Mehrheit der 188 Länder der Welt sagt nun: „Was soll das? Wir brauchen eine Veränderung.“

Das Land, das über die unfaire Machtverteilung am meisten frustriert ist, ist Indien. Indien ist heute das bevölkerungsreichste Land der Welt.

Die Vereinigten Staaten haben etwa 335 Millionen Einwohner; Großbritannien, Frankreich etwa 60 Millionen; Indien, 1,4 Milliarden. Doch das Land ist nicht im Sicherheitsrat vertreten, obwohl es eine Atommacht ist, eine Großmacht auf der Welt und in diesem Jahr den Vorsitz bei der G20 innehatte. Dort ist man über die Situation wirklich nicht glücklich.

Brasilien, die größte Volkswirtschaft Südamerikas, ist ebenfalls nicht im Sicherheitsrat vertreten. Es ist seit zwanzig Jahren ein Thema. Die P5 haben auf verschiedene Weise bestimmte Länder blockiert. Sie haben dabei gesagt: „Wisst ihr was: Das ist unser Club. Wir wollen als ständige Fünf bleiben.“

Aber ich denke, wir müssen uns der Realität einer post-amerikanisch dominierten Welt stellen, die tatsächlich eine post-westlich dominierte Welt ist. Denn die USA sind die dominierende Macht im sogenannten Westen, der gebildet wird vor allem von den USA, Großbritannien, der Europäischen Union und dem westlichen Ehrenmitglied Japan.

Daher sind wir nicht nur in einer post-amerikanischen, sondern auch post-westlichen Dominanz-Phase angelangt. Die internationalen Institutionen müssen sich ändern, sonst werden sie im 21. Jahrhundert nicht mehr funktionieren. Und wenn sie nicht funktionieren, ist das für uns eine Katastrophe. Denn sie sind zentral wichtig für uns, daher müssen sie reformiert werden.

Frage: Kommen wir zu den verschiedenen Abkommen, die China

in die Wege geleitet hat. Hier eine Stellungnahme von Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva vor seinem Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping: „Was will Putin? Putin kann das Territorium der Ukraine nicht behalten. Vielleicht reden wir nicht einmal über die Krim, aber er wird überdenken müssen, was er erobert hat. Auch Selenskyj kann nicht alles bekommen, was er fordert. Die Nato wird sich nicht an der Grenze zu Russland einrichten können. Das muss auf den Verhandlungstisch gelegt werden. ... Ich denke, dieser Krieg hat sich zu lange schon hingezogen. Brasilien hat kritisiert, was kritikwürdig ist. Brasilien verteidigt die territoriale Integrität jeder Nation, deshalb sind wir mit Russlands Invasion in der Ukraine nicht einverstanden.“ Es sieht so aus, als ob die Ukraine vor einer großen Gegenoffensive gegen Russland steht. Dafür braucht es massive Unterstützung von westlichen Ländern, d.h. militärische Waffen. Vor diesem Hintergrund: Was ist die Rolle Chinas in diesem Zusammenhang? Sprechen Sie über den Friedensplan, den Beijing vorgelegt hat, und über die anderen Abkommen, bei deren Aushandlung China hilft, wie die erfolgreiche Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran oder die Vorschläge in Bezug auf Israel und Palästina.

Jeffrey Sachs: Präsident Lula hat in wenigen Worten den Kern des Problems angesprochen, den die meisten unserer Medien der US-Bevölkerung nicht zu erklären wagen. Es ist die Ausweitung der Nato.

In dem Krieg geht es im Wesentlichen um den Versuch der USA, ein US-Militärbündnis auf die Ukraine und Georgien auszudehnen. Georgien ist ein Land im Kaukasus, das ebenfalls am Schwarzen Meer liegt.

Die US-Strategie besteht seit Jahrzehnten darin, Russland am Schwarzen Meer zu umzingeln, wobei die Ukraine, Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Georgien, allesamt Nato-Mitglieder, Russland und seine Flotte im Schwarzen Meer einkreisen. Es handelt sich um eine Flotte, die seit 1783 die Schwarzmeerflotte Russlands ist.

Russland hat gesagt: „Das ist unsere rote Linie“. Man verweist seit Jahrzehnten darauf, 2007 hat man das klar und deutlich ausgesprochen. Das war noch bevor George W. Bush Jr. 2008 auf die verrückte Idee kam, anzukündigen und die Nato dazu zu zwingen, anzukündigen, dass die Ukraine Mitglied der Nato sein wird. Und das ist es, was Präsident Lula sagt und was der chinesische Präsident Xi Jinping betont: Wir können keinen Krieg führen, der im Wesentlichen ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten über die Ausdehnung des US-Militärbündnisses bis zu einer mehr als 1.200 Kilometer langen Grenze mit Russland ist, die Russland - und ich würde sagen, verständlicherweise – als eine grundlegende nationale Sicherheitsbedrohung für Russland betrachtet.

Haltet etwas Abstand: Das ist die Bedeutung von Präsident Lulas Worten. Das ist es, was China meint, wenn es in seinem Friedensplan sagt: „Wir wollen einen Friedensplan, der die Sicherheitsinteressen aller Parteien respektiert.“ Das ist ein Codewort für: „Schließt Frieden. Beendet den Krieg. Aber bringt die Nato nicht bis an die russische Grenze“.

Die Bevölkerung in den USA erfährt nichts über diese Friedenspläne. Für mich ist das schockierend, denn als Beobachter dieser Angelegenheit seit dreißig Jahren ist genau die Ausdehnung der "casus belli", der Kriegsgrund.

Unsere Zeitungen berichten nicht einmal über die Hintergründe. Aber deswegen sagen China, Südafrika, Indien, Brasilien: „Wir wollen Frieden, aber nicht, um damit eine Nato-Erweiterung durchzusetzen. Wir wollen, dass sich die Supermächte gegenseitig etwas Raum geben und Abstand wahren, damit die Welt nicht auf Messers Schneide steht.“

Das sagt Präsident Lula, das ist der Sinn der chinesischen Friedensinitiative: „Schließt Frieden. Schützt die Souveränität der Ukraine und ihre Sicherheit. Aber nein zur Nato-Erweiterung“.

Doch die Biden-Regierung will das zentrale Thema nicht einmal diskutieren. Das ist meiner Meinung nach das größte Versäumnis und der Grund, warum wir nicht in der Lage sind, an den Verhandlungstisch zu kommen.

Selenskyj sagte im März 2022: „Vielleicht brauchen wir nicht die Nato, vielleicht etwas anderes.“ Russland und die Ukraine standen damals kurz vor einer Einigung, aber die Vereinigten Staaten intervenierten und sagten der Ukraine: „Wir halten das für keine gute Einigung“. Die sogenannten Neocons in den USA drängten auf die Nato-Erweiterung.

Das führt uns zu einem allgemeineren Punkt zurück, nämlich dass es in der Ukraine, in Taiwan und in vielen anderen Fragen aus der Sicht Chinas oder Russlands oder anderer Länder, einschließlich Brasiliens, jetzt auch Saudi-Arabiens und des Irans, darum geht, ob die USA weiter tun, was sie wollen, oder ob sie bestimmte Grenzen respektieren, basierend auf dem, was andere Länder sagen: „Wir wollen und brauchen echte Multipolarität, nicht die Dominanz der USA allein. Wir brauchen Regeln, die von uns allen geschrieben werden, nicht Regeln, die nur von den Vereinigten Staaten festgesetzt werden.“

Frage: *Ich möchte auf eine Parallele zu der immer weiter nach Osten reichenden Nato-Erweiterung in Europa zu sprechen kommen. So wird gerade der 200. Jahrestag der Monroe-Doktrin begangen, in der Präsident Monroe allen europäischen Mächten erklärte, dass die westliche Hemisphäre für sie tabu sei, sollten sie versucht sein, ihre Streitkräfte und ihr Militär nach Lateinamerika zu verle-*

gen. Und in den letzten 200 Jahren war Lateinamerika im Wesentlichen die wichtigste Einflusssphäre der Vereinigten Staaten. Jetzt wird gesagt, dass Russland kein Recht hat, zu erklären, dass die Länder an seinen unmittelbaren Grenzen keine Nato-Truppen stationieren dürfen.

Jeffrey Sachs: Ein wenig Einfühlungsvermögen, Verständnis für andere wäre sehr hilfreich und hätte uns eine Menge Kriege erspart. Wir als Amerikaner sollten mal über Folgendes nachdenken: Angenommen, Mexiko würde ein Militärbündnis mit China eingehen. Würden die Vereinigten Staaten dann sagen: „Nun, das ist Mexikos Recht. Warum sollten wir dagegen etwas unternehmen?“ Würden wir nicht besorgt sein, dass tatsächlich in kurzer Zeit eine Invasion oder etwas Ähnlichem stattfinden könnte?

Ich würde China und Mexiko dringend raten, es nicht zu versuchen. Damit sollte man nicht experimentieren. Aber die US-Regierung verfügt über kein Einfühlungsvermögen und unterlässt es, sich in die Lage der anderen Seite zu versetzen.

Es ist arrogant zu glauben, die Regeln der Welt bestimmen zu können. Das Problem mit der Arroganz ist nicht nur der damit verbundene Rückschlag, die wohlverdiente Strafe, sondern auch die Tatsache, dass man in schreckliche Krisen hineinstolpert, die man nicht einmal versteht, weil es der Öffentlichkeit in den USA untersagt wird, die Perspektive der anderen Seite einzunehmen.

Die Analogie ist also eigentlich eine sehr, sehr klare Analogie. Es ist das, was China, Russland und andere immer wieder sagen: „Warum diese Doppelmoral? Warum gehen wir nicht mit gegenseitigem Respekt miteinander um, anstatt Regeln folgen zu müssen, die die USA aufstellen?“

Jeffrey D. Sachs ist Universitätsprofessor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, wo er von 2002 bis 2016 das Earth Institute leitete. Außerdem ist er Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network und Kommissar der UN Broadband Commission for Development. Er war Berater von drei Generalsekretären der Vereinten Nationen und ist derzeit SDG-Beauftragter von Generalsekretär Antonio Guterres. Sachs ist der Autor des kürzlich erschienenen Buches "A New Foreign Policy: Jenseits des amerikanischen Exzeptionalismus" (2020). Zu seinen weiteren Büchern gehören: "Building the New American Economy: Smart, Fair, and Sustainable" (2017) und "The Age of Sustainable Development," (2015) mit Ban Ki-moon.

Unsere Neutralität unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Im Vorjahr haben wir die Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ mit ins Leben gerufen. Wie wichtig das war und ist zeigt das in immer kürzeren Abständen stattfindende in Frage stellen oder die echte Missachtung der Neutralität Österreichs durch Politik, Militärs, Wirtschaftsinteressen (siehe Seite 6/7).

Unsere Aktivitäten fanden ihren Anfang mit der Vorstellung der Initiative des offenen Briefes bei einer Pressekonferenz Mitte September in Wien. Mehrere Treffen von Unterzeichner:innen, zuletzt am 8. Mai 2023 fanden statt. **Weitere öffentliche Aktionen bis Ende 2022:** Auftreten am Nationalfeiertag 2022 zur immerwährenden Neutralität, Verteilung des offenen Briefes von verschiedenen Aktivist:innen u.a. bei Gewerkschaftsveranstaltungen und Betriebsrät:innentreffen, bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen zum Thema Ukrainekrieg, Sicherheit und Neutralität, beim Kreisky-Forum, im Renner-Institut, in der AK-Bibliothek, im BSA, auf der Uni Wien und der WU oder bei einer Friedenstagung in Graz. Wir verteilten bei der Demonstration gegen Sozialabbau, bei der Klimademonstration, beim Schmetterling-Revival und beim Konstantin Wecker-Konzert.

Seit Jahresbeginn 2023 beteiligten wir uns an Diskussionsveranstaltungen und Aktionen und Seminaren, so z.B. im Presseclub Concordia zum Thema Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg, veranstaltet vom „Verein für Medienkultur“, leiteten im ÖGB-Catamaran im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Workshops „Umwelt–Frieden–Klima–Solidarität“ einen Arbeitskreis, bei dem die Neutralität einen Schwerpunkt bildete, informierten und diskutierten zur Bedeutung von Österreichs Neutralität mit Schüler:innen einer

zweiten Klasse an einer höheren Schule, nahmen an einer Standkundgebung zur OSZE-Konferenz in Wien vor der Hofburg anlässlich des 1. Jahrestages des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine und für sofortigen Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und die Neutralität Österreichs teil oder traten am 1. Mai am Ring in Wien sichtbar mit Transparenten und Flugblättern gegen die Kriegstreiber in Ost und West und für die Neutralität Österreichs auf. Hervorheben wollen wir auch noch die eigens von uns organisierte Diskussionsveranstaltung der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ zu den Gedenkjahren 1933 (Ausschaltung des Parlaments), 1938 (Auslöschung Österreichs) und den Lehren für heute 2023 am 15. März im ÖGB-Catamaran gemeinsam mit der FSG-vida. Mehr dazu und der Link zum VIDEO von der Veranstaltung, siehe Seite 8.

Weiteres Auftreten ist nötig! Die Regierung betreibt Propaganda für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen mit und will uns einreden, dies alles sei mit der Neutralität vereinbar. **Dafür sind Milliarden da, aber für eine effektive Teurungsbremse wird kein Geld in die Hand genommen.**

Auch die SPÖ- und ÖGB-Führung dulden bzw. billigen Neutralitätsverletzungen, die Teilnahme Österreichs an EU-NATO-Militärübungen oder die Mitfinanzierung von Aufrüstung für EU/NATO-Kriege aus unseren Steuergeldern.

Der offene Brief / Aufruf sowie die Liste der Erstunterzeichner:innen und weitere Infos finden sich unter: www.unsere-neutralitaet.at

Bitte selbst unterstützen und weiterverbreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser:innen und Aktivist:innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger:in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kollegi:n:innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist:innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at